

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 14.06.2013

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**Hier: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,
Verwaltungs- und Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

Sehr geehrter Herr Buhrow,

die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie)
zeigt nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland. Ihre Vorgängerin in der
Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich angeschrieben,
nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar in der Internet-Cloud.

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz: Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung: Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

Der Schriftsatz ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Zu 08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich angeschrieben

1. Anschreiben am 29.01.2011: Im Rahmen unserer **Petition Pet 1-17-09-703-005442 an den Deutschen Bundestag haben wir Frau Piel und Personen Ihres Wirkungskreises**

(Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats)
am 29.01.2011 angeschrieben:

Sehr verehrte Frau Piel, sehr geehrte Herren,

Wie ist es möglich,

- > **dass** mit einer folgenschweren UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlagen vernichtet werden,
- > **dass** die Innovationsfähigkeit einer führenden Zukunftsbranche (Punkt 25 der Petition) begraben wird,
- > **dass** ein Unternehmens-Genozid (Punkt 12 der Petition) ausgelöst wird,
- > **dass** ein Jahrhundert-Desaster zum Schaden von Deutschland (Punkt 35 der Petition) veranstaltet wird,

ohne dass sich jemand darüber wundert? Das System Deutschland mit seinem Grundgesetz ist ein Sanierungsfall, weil es die Sensibilität für solche Schadensdimensionen verloren hat, weil Menschen dieses Landes trotz ihrer Grundrechte darunter zu leiden haben, ohne dass sie sich wehren können und konnten. Darüber habe ich mit Schreiben vom 03.01.2011 im Rahmen meiner Petition beim Deutschen Bundestag Informationen geliefert, die zum Nachdenken anregen sollten:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

.....

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

2. Anschreiben vom 31.12.2012: Wir haben die Intendantin um Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung in folgender Angelegenheit gebeten:

Schriftsatz vom 31.12.2012:

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,

zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

- 03.** Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.
Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung
- 04.** Widerspruchsbescheid des Westdeutdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS
- 05.** Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ, die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als Sachfremdheit von UMTS abwimmelt
- 06.** Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,
bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,
bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen
- 07.** Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung
Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Das Schreiben an die Intendantin vom 31.12.2012 ist nachlesbar in
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

3. Anschreiben vom 16.01.2013 an die Intendantin:

" Auf unseren Hilfeauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
und unseren Einspruch gegen GEZ-Bescheid
mit Schriftsatz vom 31.12.2013 haben wir bis heute keine Antwort erhalten.

Statt dessen wird die Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000 mit Schreiben vom 02.01.2013 (eingegangen am 09.01.2013) durch Ihre Abteilung Recht und Personal mit totaler Diskriminierung unserer Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen fortgesetzt (siehe Anlage 1 im Schreiben vom 16.01.2013).

Wir wehren uns gegen diese Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung mit einer

Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht Karlsruhe

gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)

**Hier: Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der UMTS-Auktion 2000
Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör
gemäß Art.103 Abs.1 GG:**

Die Verfassungsbeschwerde haben wir unserem Schreiben vom 16.01.2013 an Sie beigefügt. Diese ist nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Ende Januar 2013 hat die Intendantin ihren Rücktritt erklärt.

Zu 09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine Information in Kurzform

Über 27 Jahre haben die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, **von den Geschädigten geplant, organisiert und dokumentiert**, weltweit herausragende Leistungen für den Innovationstransfer in Deutschland erbracht und exzellente Innovationseffizienz ermöglicht. Mit diesen Congressmessen wurden über 27 Jahre hochqualifizierte Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland geschaffen. Im Jahr 2000 war die deutsche ITK-Branche **Weltspitze**.

Mit der spektakulären und folgenschweren UMTS-Auktion in 2000 wurden **über 50 Mrd EUR** (in Europa 100 Mrd EUR) aus der ITK-Branche, noch dazu in einer Rezessionsphase, herausgepresst. Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 waren verheerend und dauern bis heute an. Mit dem Auktionsergebnis wurde ¼ des Bundeshaushalts auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche, der sog. New Economy, finanziert. Über 27 Jahre war diese Innovationselite, der innovationsorientierte Mittelstand der ITK-Branche, der Hauptkundenstamm der Congressmessen der Geschädigten.

Die verheerenden Folgewirkungen folgten abrupt, sodass die allgemein bekannte **Agenda 2010 alternativlos** war.

Aus einer blühenden ITK-Branche, mit über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive, mit der

Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 12 Jahren. Der CeBIT-Niedergang geht nun in das 13. Jahr. Die Computermesse CeBIT, die in 2009 eine Viertel Mrd € (250 Mio) Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) erhalten hat, ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Die Schockwirkung auf Firmen-Neugründungen der gesamten deutschen Wirtschaft (Maßstab für globale Wettbewerbsfähigkeit) ist bis heute nachhaltig: In 2001: 1,6 Mio Neugründungen.

In 2012: Weniger als 0,8 Mio Neugründungen mit Tendenz nach unten gemäß KfW-Gründungsmonitor Mai 2013.

Die herausragende Leistung der Congressmessen, das Lebenswerk des Geschädigten und seiner Ehefrau, ist unbestritten, sodass nicht nur **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, als Schirmherr diese persönlich eröffnet hat, nachlesbar in der Internet-Cloud (mit Print-Dokumenten nachweisbar)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

weil mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers durch diese Congressmessen ein signifikanter Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet wurde. Darüber hinaus haben ihre Congressmessen mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den heutigen **"Nationalen IT-Gipfel"** (heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt, auf dem heute in jährlichem Turnus **die Bundeskanzlerin** eine Gipfelrede hält. Diese Congressmessen sind das Lebenswerk der Geschädigten.

Den Geschädigten, Rentner der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, wurden ansehnliche Altersrücklagen als Folge eines staatlichen Markteingriffs der Monsterklasse (UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag) rücksichtslos weggenommen. Es ist eine Lebenserfahrung der besonderen Art im Rechtsstaat Deutschland, weil die Geschädigten bis heute, seit 13 Jahren vergeblich, um das Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung kämpfen müssen.

Zu 10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz: Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

UMTS-Auktion 2000: Mit der spektakulären und folgenschweren UMTS-Auktion in 2000 wurden **über 50 Mrd EUR** (in Europa 100 Mrd EUR) aus der ITK-Branche, noch dazu in einer Rezessionsphase, herausgepresst. Mit dem Auktionsergebnis wurde ¼ des Bundeshaushalts auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche, der sog. New Economy, des Hauptkundenstamms des Klägers, finanziert. Auswirkungen der UMTS-Auktion haben in der 2. Hälfte des Jahres 2001 gegriffen:

Congressmesse ONLINE 2001 im Jan. 2001: **Erfolgreichste Congressmesse seit den 70er Jahren** trotz Rezessionsphase!

Congressmesse ONLINE 2002 im Jan. 2002: **Verlustreichste Congressmesse seit den 70er Jahren.** Vergleichbare Erfahrungen bei der Computermesse CeBIT 2001 und 2002 (CeBIT seit 1986) mit dem Unterschied eines staatlichen Verlustausgleichs für die CeBIT.

Einstellung der Congressmessen (Existenzgrundlage des Klägers) wegen hoher Verluste der ONLINE 2002 und 2003. Einbruch des Innovationswachstums in Deutschland. Die Geschädigten, mit ausgewiesenem Know-how und Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer und Innovationseffizienz, unternahmen sofort intensive Bemühungen um eine **Innovationsoffensive** im Bundeskanzleramt und in den zuständigen Bundesministerien (Beweis: Briefe in der Internet-Cloud einsehbar), solange ansehnliche Altersrücklagen (2 Lebensversicherungen, Wertpapiere etc.) und Kredite reichten. Trotzdem verweigerte die Bundesregierung jede Unterstützung der Innovationsoffensive.

Der **Nationale IT-Gipfel**, der in den Congressmessen des Klägers mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien in jährlichem Turnus umgesetzt wurde, auf dem heute in jährlichem Turnus die **Bundeskanzlerin** eine Gipfelrede hält, wird seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführt.

Dieses Verhalten der Bundesregierung ist skandalös und nichts anderes als **totale Diskriminierung eines Opfers ihrer UMTS-Auktion 2000, Vernichtung der Existenz-Grundlage der Geschädigten, Enteignung und Vernichtung aller ihrer Altersrücklagen infolge totaler Diskriminierung.**

Unbestreitbar ist, dass hierfür ein Rechtsstaat Verantwortung übernehmen muss.

Zu 11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitation: Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

Im Jahr 2010 sind die Altersrücklagen aufgebraucht.

Geschädigte haben ein Recht auf Schadenersatz und Rehabilitation. Nach jahrelangen, intensiven Bemühungen zur Wiederaufnahme ihrer lebenslangen Arbeit mit herausragenden Arbeitsleistungen betreiben sie auf der Basis des Grundgesetzes die gerichtliche Durchsetzung ihres Rechtsanspruches auf Schadenersatz und Rehabilitation:

März 2010: **Petition an den Deutschen Bundestag** mit Anträgen auf Schadenersatz und Rehabilitation

Pet 1-17-09-703-005442

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen und anschließende Diskriminierung durch das Bundesministerium BMWi, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Petition ohne Chance in der Warteschlange, im Dezember 2011 ohne Beachtung eines Einspruchs formales Ende.

Oktober 2010: **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10** wegen erbärmlichen Missbrauchs des Petitionsgrundrechtes, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung.

Februar 2011: **014 K 014/11 Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal** Zwangsversteigerung des Geschäftshauses trotz intensiver Bemühungen um Fortsetzung ihrer Geschäftstätigkeit, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP.pdf>

März 2011: **VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Köln / Berlin**

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 (Telekommunikation)

Albin Ockl (Kläger) gegen Bundesrepublik Deutschland, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation mit juristischen Scheinargumenten abgewimmelt, Prozesskostenhilfe verweigert, Zulassung von Beweisen und Zeugen verweigert.

Oktober 2011: **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11**

gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen systemischer Grundrechtsverletzung (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren) im Umfeld verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Dezember 2011 / Januar 2012: Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung.

Februar 2012: **Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 12092/12** gemäß Artikel 34 der Europäischen Menschenrechtskommission (Individualbeschwerde)
Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und massive wirtschaftliche Diskriminierung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß
12 Jahre verheerende Folgewirkungen und Diskriminierung seit der UMTS-Auktion 2000, nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-0.pdf>

Umfangreiche Schriftsätze wurden erstellt und sind einsehbar in der Internet-Cloud, sie werden auf Anforderung auch als autorisierte Printmedien verfügbar gemacht. **Diskriminierung** wird von deutscher Justiz bis heute nicht bewertet. Diskriminierend sind auch die Informationsdefizite der Gerichte über die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, mangelndes Verständnis für entscheidungserhebliche Bedeutung der Unterscheidung von Verbrauchermarkt und Innovationsmarkt u.a.m.

Das staatliche Regulierungsrecht und ein entsprechendes Regulierungsgesetz (Telekommunikationsgesetz) sind **auf den nationalen Verbrauchermarkt** fokussiert. Im Verbrauchermarkt treffen Anbieter (z.B. Netzbetreiber, Diensteanbieter) und Verbraucher (Endbenutzer der Telekommunikation) aufeinander.

Es ist ein massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes, wenn mit der Regulierung des Verbrauchermarktes der Innovationsmarkt zerstört wird (Unternehmens-Genozid der Innovationselite der ITK-Branche durch UMTS-Auktion 2000),
wenn mit der Regulierung Unternehmer enteignet werden und ihre Existenz-Grundlage zerstört wird. Das ist nicht mehr Unternehmer-Risiko, sondern eklatanter staatlicher Missbrauch des Regulierungsrechtes.
Die Geschädigten haben in exponierter Stellung den Innovationsmarkt dominiert und aufgrund von Planung und Durchführung der führenden Congressmessen in Deutschland die beschriebenen Vorgänge miterlebt und miterlitten. Sie sind Zeitzeugen ungeheuerlicher Vorgänge.

Zu 12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation

Rechtsstaatlichkeit definiert sich als

Grundrecht gemäß Art.20 Abs.3 GG: "Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz **und Recht** gebunden." Diese Vorschrift bedeutet einen Vorrang der Verfassung vor den einfachen Gesetzen, nach denen die vollziehende Gewalt handelt.

Grundrecht gemäß Art.20 Abs.4 GG: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Aufgrund der beschriebenen Vorgänge verstoßen Verwaltungsakte und Gerichtsbeschlüsse massiv gegen die Rechtsstaatlichkeit, wenn mit Anhörungsresistenz das Recht der Geschädigten auf Schadenersatz und Rehabilitation keinerlei Beachtung findet.

Für Opfer der UMTS-Auktion 2000 ist es nicht weiter hinnehmbar, dass der **verantwortliche Verursacher der verheerenden Folgewirkungen des UMTS-GAU aus 2000, die Bundesrepublik Deutschland**, jede Zeit der Welt hat, die Verantwortung abzuleugnen und die Liquidierung der Opfer durch kommunale Zwangsmaßnahmen auszusetzen, indem von den Geschädigten mit staatlicher Brachialgewalt Leistungen gefordert werden, die sie aufgrund der Schadenswirkungen des UMTS-GAU nicht mehr bringen können, andererseits jedes Verfahren über Schadenersatz bis heute abgelehnt wird.

Zu 13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

Um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können, sind die **Geschädigten auf rechtsstaatliche Gerichtsbeschlüsse angewiesen**, in denen ihr Recht auf Schadenersatz und Rehabilitation respektiert wird. In diesem Zusammenhang verweisen die Geschädigten auf folgende laufende Gerichtsverfahren, in denen **Stundung von Sozial- und Steuer-Abgaben** aufgrund verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 **und totaler Diskriminierung durch Politik, Verwaltung und Justiz** beantragt sind:

Zivilgerichtliches Verfahren vor dem Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Krankenversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

Sozialgerichtliches Verfahren vor dem Sozialgericht Düsseldorf wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Ordnungswidrigkeitsverfahren vor dem Amtsgericht Mettmann / Landgericht Wuppertal wegen Unfähigkeit, monatliche Pflegeversicherungsbeiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf>

Stundung der Abgaben an öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten

wegen Unfähigkeit, monatliche Beiträge zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Stundung der kommunalen Grundabgaben wegen Unfähigkeit, Abgaben gemäß jährlicher Grundsteuerbescheide zu bezahlen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/vwgve.pdf>

Nach **verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000** und totaler Diskriminierung durch Politik, Verwaltung und Justiz: Unvorstellbare Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten in einem sogenannten Rechtsstaat! Diese Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten steht im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren).

Zu 14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

13 Jahre lang Informationen über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 der Öffentlichkeit vorenthalten? In Abstimmung mit dem Rundfunkrat (?) der Öffentlichkeit vorenthalten? Dadurch wurde eine transparente Politik verhindert und der Schaden für Deutschland vergrößert. **Qualitätsjournalismus** sollte Zusammenhänge aufzeigen. Die Betroffenen sind allein gelassen und müssen die Zusammenhänge selber suchen.

Insgesamt entzog der europäische Fiskus mit den UMTS-Auktionen im Jahr 2000 den europäischen Telekommunikationsunternehmen 100 Milliarden Euro (davon 50 Mrd aus Deutschland), **deren Investitionstätigkeit daraufhin bis 2005 völlig zum Erliegen kam.** Der Entzug der 100 Milliarden Euro war für die Mobilfunkunternehmen, für ihre Auftragnehmer bzw. Ausrüster derart kontraproduktiv, dass die so sehr erhoffte Fortsetzung des globalen Erfolgs- und Siegeszugs der GSM-Mobilfunktechnologie(2G) mit UMTS(3G) oder LTE(4G) chancenlos war. Der resultierende UMTS-GAU wurde erst in den Folgejahren erkennbar. Die Betroffenen sind bis heute allein gelassen.

Es ist frustrierend, mit ansehen zu müssen, wie Abgeordnete des Deutschen Bundestags heute kostenlos iPhones und iPads erhalten, **ohne** zu hinterfragen, warum es keine deutsche Smartphones gibt, **ohne** zu wissen, dass Computer und Telefonie deutsche Väter haben, **ohne** sich bewusst zu sein, dass der Deutsche Bundestag mit dem Telekommunikationsgesetz die Voraussetzungen für diese skandalösen Entwicklungen geschaffen hat.

Deutsche Forscher und Unternehmer haben im vergangenen Jahrhundert mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Rudolf Hell, Erfinder der Fax- und Scannertechnologie, oder auch Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert.

Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche im letzten Jahrhundert geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichen Maße heruntergewirtschaftet.

Heute stehen chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren bis 2000 Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend, miterleben zu müssen, dass die EU-Kommission jetzt sogar Strafzölle auf chinesische Telekommunikationsprodukte erheben möchte, obwohl sie mitschuldig ist am Niedergang der deutschen und europäischen Telekommunikationsbranche.

Es ist nicht akzeptabel, dass **Intendanten und Chefredakteure des öffentlich-rechtlichen Fernsehens qualifizierte Berichte über die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 mit transatlantischer Schadensdimension bis heute verhindert haben**. Es ist ein völliges Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der für den Schaden an Deutschland daher mitverantwortlich zu machen ist. Der Geschädigte ist in mehreren Schreiben auf die verantwortlichen Intendanten und Chefredakteure zugegangen, wie z.B.

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz, Brief vom 09.10.2007 an den Vorsitzenden der ARD
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>
und mit gleichem Inhalt an den Intendanten des ZDF
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF.pdf>
Professionell & Chancenlos (2) Email an alle Intendanten von ARD / ZDF am 16.10.2007

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>
Unterstützung der Politmagazine angeboten: Erfolgreiche Antwort vom 30.10.2007 auf ein Schreiben von ARD-Chefredakteur
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD2.pdf>

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, vierte Macht im Staat zu sein, sollte demokratischer Aufklärer, Kontrolleur der Regierenden und Mahner der Mächtigen sein.

Zu 15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

Um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können, sind die Geschädigten auf rechtsstaatliche Gerichtsbeschlüsse angewiesen, **in denen ihr Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung respektiert wird**.
Siehe Kapitel 13.

Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten darüber hinaus Unterstützung geben?

Weil sie selbst und Deutschland davon nur profitieren können, wenn Sie mehr Mut zum Agieren zeigen. Die Beschränkung auf Reagieren kostet Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit.

Weil seit der Jahrtausendwende so viele Fehler gemacht wurden, die man endlich erkennen muss, wenn in Deutschland richtige Entscheidungen und Weichenstellungen vorgenommen werden sollen und müssen, auch wenn sie unangenehm sind! Selbst Agenda 2010 wäre vermeidbar gewesen!

Weil in Deutschland das Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention wieder mehr Beachtung und Respekt erhalten sollte. Auf deutschen Amtsgerichten und in kommunalen Verwaltungen werden Justiz- und Verwaltungsübergriffe in einem nicht mehr vorstellbaren Ausmaß produziert.

Gegen den Gebührenbescheid vom 03.05.2013 (eingegangen am 16.05.2013) erheben wir vorsorglich **Widerspruch**.

Seit **August 2010** sind wir um eine Stundung der GEZ-Beiträge/Rundfunkbeiträge bis zur gerichtlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung bemüht.

Seit **August 2000** sind wir Opfer der UMTS-Auktion 2000.

Mit der Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung ist auch die Zukunft unseres Congressband-Archivs zu klären (Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch Telekommunikation), das wir in unser Privathaus gerettet haben.

Wir würden uns freuen, Ihre Unterstützung auf Stundung der Rundfunkgebühren **bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung** zu erfahren. Die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie) zeigt nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlage

Gebühren-/Beitragsbescheid vom 03.05.2013 (eingegangen am 16.05.2013)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-
Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.
Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutdeutschen Rundfunks ist eine
hinterlistige Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation
von der GEZ gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit
von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,
bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:
Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:
Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten
12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein
Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen
Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und
steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende
Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern
Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und
Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > Siehe oben
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Legende der Eingaben an die GEZ seit dem 11.06.2012

01. Ausführliche Informationen an die GEZ über die Ursache unserer
Zahlungsunfähigkeit
02. Vorwurf an die GEZ: Sittenwidrige Ausnutzung der finanziellen Notlage
geschädigter, wehrloser Bürger
03. Vorwurf an die GEZ: Sie verstößt gegen ihre Verpflichtung im
Rundfunkstaatsvertrag, auf die Notlage von Gebührenzahler Rücksicht zu
nehmen
04. Vorwurf an die GEZ: Mangel an Respekt vor europäischen Institutionen,
europäischen Gerichten und Menschenrechte
05. Es reicht! Antrag auf sofortige Einstellung der eingeleiteten
Zwangsvollstreckung
06. Verabscheuungswürdig und nicht mehr hinnehmbar: Zustände wie in einer
Bananen-Republik
07. Befehle sind zu verweigern, wenn Menschenrechte verletzt werden
08. Hausfriedensbruch: Vorsätzliche Verletzung des verfassungsrechtlich
geschützten Gutes der Unverletzlichkeit befriedeter Besitztümer
09. Missachtung der Beschwerde gegen Gerichtsbeschluss: Stundung der GEZ-
Gebühren bis zum Abschluss meiner Klage auf Schadenersatz und
Rehabilitierung gegen die Bundesrepublik Deutschland
10. GEZ verweigert die Kommunikation über soziale Verpflichtungen,
um die nächste Zwangsmaßnahme einzuleiten. Daher: Antrag auf
Vollstreckungsverzicht und Stundung der Rundfunkgebühren
11. Für Opfer der UMTS-Auktion2000 unerträglich, von den öffentlich-rechtlichen
Rundfunkanstalten wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" zu werden
12. Eine Kommunikation auf diesem Niveau ist für uns beschämend,
aber leider nicht vermeidbar
13. Wir wollen keine sozialen Leistungen, sondern Schadenersatz und
Rehabilitierung für erbrachte Weltklasse-Höchstleistungen, um GEZ-Gebühren
zahlen zu können
14. Härtefall-Regelung nach §6 Absatz (3) des Rundfunkgebührenstaatsvertrags
ist sinngemäß anzuwenden ohne Begrenzung auf RF-Zeichen

Unsere Eingaben an die GEZ sind in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 07.07.2014

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,
Verwaltungs- und Justiz-Skandal**

**Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen
Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die
Beigeladenen herbeizuführen.**

Sehr geehrter Herr Buhrow,

die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie)
in 2013 hat nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland gezeigt.

Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich
angeschrieben, nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar in der
Internet-Cloud.

Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich bekennen, inwieweit sie die Opfer der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und diskriminieren.

Begründung / Information (mit fortlaufender Nummerierung):

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

Zu 16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

Mit Schriftsatz vom 15.07.2013 haben wir, Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000, gegen den Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks vom 27.06.2013 und gegen erneute Einleitung von Zwangsmaßnahmen wegen Ablehnung des Stundungsantrags für Rundfunkgebühren geklagt und Prozesskostenhilfe beantragt. Bisher ohne Erfolg.

Wir sind gezwungen, aufgrund folgenschwerer Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 auch Antrag auf Stundung der Grundabgaben zu stellen, und sind darum bemüht, vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf in der Klagebegründung die Vorgänge der staatlichen UMTS-Auktion 2000, die folgenschweren Auswirkungen und die **anschließende Diskriminierung und Diffamierung in Verwaltung, Bundesregierung und Justiz darzustellen und zu beweisen. Hervorragende Beweismittel und hochqualifizierte Zeugen sind verfügbar.**

Die gesamte Klagebegründung basiert auf **Telekommunikationsrecht. Nicht nur bedauerlich, so geht infame judikative Diskriminierung:** Die gesamte Klagebegründung mit **Telekommunikationsrecht** wurde abgetrennt, zum Klagetorso ohne Klagebegründung wurde Urteil gesprochen wegen Kommunalrecht bzw. Rundfunkrecht, Rechtsbereiche, die von uns überhaupt nicht bestritten wurden.

Unerträglich sind Justizverfahren, wenn von einer Richterin mit laufendem Befangenheitsantrag Recht gesprochen wird. Unerträglich ist, wenn das deswegen erforderliche Beschwerdeverfahren in ein längst beendetes Prozesskostenhilfe-Antragsverfahren vom 14. Senat des Oberverwaltungsgerichtes Münster umgedeutet und mit Beschluss abgewimmelt wird. Ein solches Beschwerdeverfahren ist einfach nur **Rechtsbeugung** (Straftatbestand). Gegen dieses Justizverfahren wurde Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig eingereicht. Das Beschwerdeverfahren dauert an.

Durch eine derartige Rechtsprechung wurde uns ein weiteres Lebensjahr gestohlen.

Ein deutscher Rechtsstaat, der nach 14 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit solche Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.

Aufgrund dieser Vorgänge hat der Beklagte, Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung, eine erneute Klage mit Schriftsatz vom 15.06.2014 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf erhoben:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren, um den Beigeladenen eine eigene Beurteilung über Schuld und Unschuld wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) zu ermöglichen: Siehe Anlage.

Auch der Westdeutsche Rundfunk, von Ihnen vertreten, ist beigeladen. Siehe Anlage A. Wir sind nicht die Schuldigen. Wir sind der Überzeugung, dass der öffentliche Rundfunk durch solche Justizverfahren, wie oben beschrieben, auch beschädigt wird und Überlegungen anstellen sollte, mit einer qualifizierten Informationsarbeit gegenzusteuern.

Die erneute Klage umfasst 16 Kapitel auf 42 Seiten zusätzlich zu ausführlichen Beweisunterlagen, die 3 große Ordner füllen:

Siehe Anlage A und B.

Angeboten werden außerdem

> > > hochqualifizierte Zeugenaussagen und

> > > Original-Beweisunterlagen aus dem Archiv der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation.

Zu 17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

Wie kann durch eine staatliche UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlage und Lebenswerk zerstört werden? Viele, die sich das fragen, kennen nicht einmal den Unterschied zwischen UMTS und GSM. Bundestagsabgeordnete erhalten heute iPhone, iPad und Laptop vom Deutschen Bundestag und machen sich keinerlei Gedanken, warum deutsche Produkte Fehlanzeige sind. Für kommunale Verwaltung und kommunale Polizei sind wir nur Abgabenverweigerer. Grundrechte zur Abwehr von Verwaltungs- und Polizeiübergriffen werden uns nicht mehr zugestanden.

Inzwischen sind wir zu Bürgern 2.Klasse herabgestuft, denen nach Bedarf Grundrechte verweigert werden dürfen.

Nur ein Beispiel jüngsten Datums:

Mit Schriftsatz vom 22.06.2014 musste ich Anzeige erstatten gegen den Polizei-Bezirksdienst des Kreises Mettmann

**wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung
ohne Vorlage eines Haftbefehls und
wegen Hausfriedensbruch und
wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender
Rufschädigung:** Siehe Anlage C.

Faktenlage ist, dass der Kläger (**wir**) Opfer **verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler staatlicher Diskriminierung** ist und dadurch in eine unverschuldete Notlage geraten ist.

Der Kläger ist dementsprechend gezwungen, Stundung der Krankenversicherung, der Pflegeversicherung, der Rundfunkgebühren und der Grundabgaben vor den zuständigen Gerichten einzuklagen. Darüber hinaus ist er gezwungen, Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz gegen den deutschen Staat zu führen.

Dies alles ist dem verantwortlichen Staatsanwalt (Amtsanwalt des Kreises Mettmann) bekannt. Dieser Amtsanwalt hat wegen Nicht-Bezahlung von Pflegeversicherungsbeiträgen ein 2-jähriges Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen uns betrieben, obwohl dies ordnungsgemäß beim Sozialgericht Düsseldorf verhandelt wird. Das Ordnungswidrigkeitsverfahren wurde vom Amtsgericht Mettmann mit Freispruch auf Staatskosten eingestellt. Wegen eines strittigen Restbetrags von 150 € (Staatskosten aus dem Freispruch sind bis heute nicht erstattet) wurde der Polizei-Bezirksdienst gegen mich entsprechend obiger Anzeige in Gang gesetzt. Dies alles in einem sog. Rechtsstaat.

Zu 18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben wegen staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

Mein Bruder Wendelin Josef Ockl ist das Todesopfer für ein Prestige-Projekt bayerischer Politik und Verwaltung. Der Verstorbene war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen), eines tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Seit den 90er Jahren hat sich mein Bruder vergeblich dagegen gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück

eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen in 5m-Entfernung

in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion)

von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird. Die Errichtung der Pumpwerksanlage wurde mit heimlicher Manipulation der Grundstücksrechte des Verstorbenen auf der Basis von NS-Dokumenten aus 1943, mit Unterstützung vor allem der Verwaltungsgerichte, rücksichtslos mit brachialer Gewalt durchgesetzt.

Der Widerstand des Verstorbenen sollte mit ständigen Schikane-Verwaltungsakten, Verwaltungsbescheiden, Verwaltungsübergreifen und selbst mit Androhung von Psychiatrie-Einweisung wie bei Herrn Mollath gebrochen werden.

Hauptverantwortlich für die ständigen Schikane-Verwaltungsakte und Verwaltungsübergriffe gegen seinen Lebensmittelbetrieb und sein Damwild-Gehege war

Gottfried Pankrätius Stauer, 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg bis März 2014 und leitender Beamter des Landratsamtes Tirschenreuth.

Die schikanierenden Verwaltungsübergriffe erreichten im März 2012 mit einer überfallartigen Betriebschließung durch eine 8-Personen-Task-Force ihren finalen Höhepunkt. Einzige Zielsetzung einer über 20 Jahre andauernden Treib-

und Hetzjagd war, den Widerstand gegen die betriebsnahe Positionierung der **Pumpwerkstation des öffentlichen Fäkalien-Abwassernetzes auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen in 10 m Entfernung vom Bäckerei/Konditorei-Betrieb mit Qualitätsprodukten notfalls mit Brachialgewalt zu brechen**, auch mit dem Risiko des wirtschaftlichen Ruins und des Lebens des verstorbenen Bruders.

Kriminelles Kalkül der Verwaltung: Mit dem wirtschaftlichen Ruin des Verstorbenen wurde das extrem hohe Kontaminierungsrisiko aus dem Hygiene-Desaster des Fäkalien-Kanalisationsnetzes beherrschbar. Mit rücksichtsloser Betriebsschließung unter dem Deckmantel des Lebensmittelrechts, mit diffamierenden Pressekampagnen zu Hygienemängeln, mit einer unnötigen, Schaden maximierenden Rückholanordnung aus über 40 Verkaufsstellen, mit Verweigerung von Kurzarbeitergeld u.a.m. wurde dies erreichbar.

Der Total-Schaden des Verstorbenen war die **verbrecherische Zielsetzung, um jeglichen Widerstand gegen das Prestige-Projekt bayerischer Politik und Verwaltung ein für alle Mal zu brechen.**

Bayerische Verwaltungsjustiz hat längst registriert, welchen Scherbenhaufen die Verantwortlichen in einem beispiellosen Verwaltungs-, Umwelt- und Justiz-Skandal hinterlassen haben, und hat durch **kriminelle Rechtsbeugung** verhindert, Verantwortung für die aufzuräumenden Scherben zu übernehmen. Ich habe die Faktenlage des Scherbenhaufens für die Starfanzeige beim Generalbundesanwalt aufgelistet:

- ⊗ Wirtschaftlicher Ruin des verstorbenen Bruders,
- ⊗ Zerstörung seines Bäckereibetriebs mit Qualitätsprodukten,
- ⊗ Wasser-Turbinenriebwerk in Verrostungsstillstand versetzt
- ⊗ Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil in 2012 abgewiesen wurde
- ⊗ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Klägers, 2.Todesopfer: Bruder des Klägers)
- ⊗ Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer)
- ⊗ Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch Katastrophen-Pumpwerksanlage eines Fäkalienabwassernetzes auf dem Hofgrundstück des verstorbenen Klägers,
- ⊗ bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Klägers,
- ⊗ Verseuchung von Grund, Boden, Umfeld und Räume des Lebensmittelbetriebs durch Emissionen und kontaminiertes Hochwasser

- ⊗ Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m. in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren, mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen, mit Zwangsgeldbescheiden usw.
- ⊗ massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen am laufenden Bande durch ständige Verwaltungsübergriffe einer Schreckensverwaltung
- ⊗ massive Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),
- ⊗ Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17. Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,
- ⊗ Finaler Vernichtungsschlag mit einer 8-Personen-Task-Force (O-Ton des exekutierenden Landratsamtes) in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd des Verstorbenen
- ⊗ Freitod des Verstorbenen im Juli 2012, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde,
- ⊗ Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, sodass der klagende Erbe nur noch Nachlass-Insolvenz anmelden konnte und nun auf eigenes Risiko Berufung gegen katastrophale Gerichtsurteile eines anhörungsresistenten Verwaltungsgerichtes erstreiten muss
- ⊗ Judikative Rechtsbeugung
....durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Rehabilitierung des Verstorbenen

Mit der Hypothek einer unverschuldeten Notlage aufgrund verheerender Folgewirkungen aus der staatliche UMTS-Auktion 2000 war es mir nicht möglich, eine Berufung ohne anwaltliche Vertretung durchzusetzen. Meine Strafanzeige wegen Rechtsbeugung wurde vom Generalbundesanwalt nicht weiter verfolgt mit dem Hinweis, dass eine gerichtliche Klärung mit einem Berufungsverfahren möglich sei.

Weitere Informationen zur Strafanzeige und zum Berufungsantrag:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE4-Lkpost.pdf>

Zu 19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, **Ferdinand Kirchhoff**, hat im Zusammenhang mit der „Causa Brender“ (ZDF) darauf hingewiesen, dass das Grundgesetz verbiete, den öffentlichen Rundfunk für „staatliche Zwecke zu instrumentalisieren“. Als Beigeladener in unserem Gerichtsverfahren hätten Sie Gelegenheit, seriös und objektiv über die „Causa ONLINE & Staatliche UMTS-Auktion 2000“ einen aktiven Beitrag zu leisten. 16 Kapitel unserer Klagebegründung (Anlage A) geben erste Hilfestellung: Detailliert in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

zum Beispiel Kapitel 5

05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen: Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR

Branchenfremde Verwendung für erfolglose Haushaltssanierung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft

Die deutsche UMTS-Auktion 2000 erbrachte den weltweit größten Auktionsbetrag, der bei einer staatlichen Versteigerung von Funkfrequenzen je erreicht worden ist: Über 50 Mrd. EUR sind **mehr als 50.000 Mio EUR**. Das waren 620 € Lizenzkosten je Einwohner in Deutschland. In Großbritannien wurden 38 Mrd EUR ersteigert. In ganz Europa wurden insgesamt 100 Mrd EUR ersteigert (12 Mrd EUR im Rest-Europa ohne Deutschland und Großbritannien).

Zum Vergleich: Der **Hauptstadt-Flughafen Berlin-Brandenburg** ist ein besonders aktuelles Beispiel für ein Milliardengrab. Aufgrund schwerwiegender Fehler bei Planung und Bau sind die Kosten von ursprünglich 1,7 Mrd EUR (2004) auf zurzeit 5 Mrd EUR (2014) angewachsen. Bis zur Fertigstellung werden die Kosten auf **mind. 8 Mrd EUR** geschätzt. Die Kosten fallen seit Baubeginn sukzessive an und sind auf viele Schultern (alle Steuerzahler) verteilt.

Niemand spricht über die **milliardenschweren Spätfolgen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:**

Es wäre längst an der Zeit, die Leistung verantwortlicher Politiker zu HARTZ IV und Agenda 2010 neu zu bewerten.

Milliardenschwere Spätfolgen: Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 werden nun seit 14 Jahren in einer unerträglichen Weise diskriminiert: Wir haben im neuen Gerichtsverfahren 3 volle Ordner mit Beweisunterlagen zusammengetragen und vorgelegt (Anlage B). Es ist nur die Spitze eines Eisbergs.

Anlagen im Ordner 3

Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung

Ordner 3 enthält auch Unterlagen über die **Diskriminierung durch den öffentlichen Rundfunk**, der gemäß Grundgesetz zu große Staatsnähe vermeiden sollte. Beweisunterlagen über Diskriminierung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

Anlage 3.74 in Ordner 3:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75 in Ordner 3:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Anlage 3.94 in Ordner 3:

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.96 in Ordner 3:

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013
(Rücktritt Ende Januar 2013)

**Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97 in Ordner 3:

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013

**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,
Verwaltungs- und Justiz-Skandal**

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Dies ist nur eine Vorabinformation zum neuen Gerichtsverfahren. Um Beachtung wird gebeten. Gerne höre ich von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlage A zum Schriftsatz vom 05.07.2014

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014
**wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung)**

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter
Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
(Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Anlage B zum Schriftsatz vom 05.07.2014

3 Ordner Beweisunterlagen der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Schriftsatz vom 15.06.2014

Anlage C: Anzeige und Klage vom 22.06.2014

wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung
ohne Vorlage eines Haftbefehls und

wegen Hausfriedensbruch und

wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein

Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen

Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:

Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern

Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und

Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im

Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen

Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die

Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am

Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz

(staatliche Diskriminierung)

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter

Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt,

Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten

Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg:
Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben.
Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos
ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren,
sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen:
Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
> > > Siehe oben
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 18.08.2015

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Mahnung vom 01.08.2015

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter
Zerschlagung: Staatliche Zwangsmassnahmen und Zwangsmassnahmen
der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche
Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig
abzuwehren**

**Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und
zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung
durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.**

Sehr geehrter Herr Buhrow,

die ARD Doku "Gustl Mollath" (In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie)
in 2013 hat nur die Spitze eines Eisbergs in Deutschland gezeigt.

Nicht nur Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal
höflich angeschrieben, nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar
in der Internet-Cloud.

15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

Begründung / Information (mit fortlaufender Nummerierung):

**20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolaten Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten**

**21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmassnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmassnahmen**

**22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsidenten seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten**

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

**Zu 20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolaten Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten**

Mit Schriftsatz vom 15.07.2013 hat der Unterzeichner, Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung, **gegen den Widerspruchsbescheid** des Westdeutschen Rundfunks vom 27.06.2013 und

gegen erneute Einleitung von Zwangsmaßnahmen wegen Ablehnung des Stundungsantrags für Rundfunkgebühren geklagt.

Mit Schriftsatz vom 15.06.2014 hat er die verwaltungsgerichtliche Klage **auf Rehabilitation und Schadenersatz** mit Beiladung des Westdeutschen Rundfunks fortgesetzt. Die ausführliche Klagebegründung ist auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after Link

Auf Antrag des beklagten Bundeskanzleramtes wurde das Schadenersatzverfahren im Dezember 2014 abgetrennt und an das Landgericht Wuppertal verwiesen. Wegen Untätigkeit des Verwaltungsgerichtes Berlin hat der Unterzeichner mit Schriftsatz vom 30.03.2015 erneut die zivilgerichtliche Klage auf Schadenersatz beim Landgericht Wuppertal vorgetragen (mit Bezugnahme auf die verwaltungsgerichtlichen Verfahren):

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen

**Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem
Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)**

Alle Schriftsätze des Klägers sind in der Internet-Cloud einsehbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Scroll down after link

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-2.pdf>

Scroll down after link

Zu 21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmassnahmen des WDR Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmassnahmen

Zerschlagung ist hier nicht Entflechtung eines Konzerns oder Herauslösung eines Bereichs, sondern die totale Vernichtung durch staatliche Zerstörung der Existenzgrundlage, durch nachhaltige staatliche Diskriminierung mit Unterstützung durch deutsche Justiz, bis heute durch unerträgliche Klageverstümmelung in gravierendem Ausmaß.

Politisch motivierte Zerschlagung ist nicht das Ergebnis der staatlichen UMTS-Auktion 2000, sondern das Ergebnis einer bis heute andauernden gnadenlosen staatlichen Diskriminierung.

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und der anschließenden, bis heute andauernden, staatlichen Diskriminierung wurde die Existenz-Grundlage und das herausragende Lebenswerk des Klägers, die Europäische Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation und mit professionellem Verlagsservice, zerstört.

Sieh Kapitel LG-02 der zivilgerichtlichen Klage:

Politisch motivierte Zerschlagung mit Hilfe verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender, bis heute andauernder, totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung):

Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG),

gegen Haftung bei Amtspflichtverletzungen (BGB) bzw.

gegen Grundrechte des Grundgesetzes (GG)

Politisch motivierte Zerschlagung: Bis heute andauernder Prozess staatlicher Diskriminierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Scroll down after link

Mit Schriftsatz vom 14.08.2015 beim Oberlandesgericht Düsseldorf haben wir Einspruch gegen Klageverstümmelung und gegen Ungleichbehandlung mit Antrag auf Rechtsbeschwerde beim **Bundesgerichtshof** erhoben:

Alle Zwangsmassnahmen aller Beteiligten während der laufenden Verfahren sind als verwerfliche Mithilfe zur politisch motivierten Zerschlagung verfassungswidrig und werden im zivilgerichtlichen Verfahren als solche einbezogen.

In diesem Zusammenhang weisen wir die Mahnung des Westdeutschen Rundfunks mit Androhung von Zwangsmassnahmen unmissverständlich als Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung im laufenden Verfahren zurück, weil Stundung unverzichtbar ist.

Sieh Anlage: Mahnung des WDR (Beitragsnummer 250 514 940, mit Datum 01.08.2015, eingegangen am 12.08.2015)

Ein Armutszeugnis der Republik!

Zu 22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee

Der Deutsche Bundespräsident seit 2010

Der Deutsche Bundestag seit 2010

Das Bundesverfassungsgericht

Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Der Kläger hat keine Mühe gescheut, die Staatsorgane und die führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland über die unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagung zu informieren. Es wäre endlich an der Zeit, dass die politisch motivierte Zerschlagung von der deutschen Justiz nicht mehr mit verwerflicher Klageverstümmelung übergangen wird. Das ist unentschuldbarer Rechtsbeugung durch Unterdrückung oder Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen, die dem 18.Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Ablage nach 5 Beweisordnern vorliegen.

> > > **Politisch motivierte Zerschlagung und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu**

Anlage 3.92 (Ordner 3):

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93 (Ordner 3)::

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013,

Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

> > > **Politisch motivierte Zerschlagung und Der Deutsche Bundestag seit 2010 schaut zu**

Anlage 3.91 (Ordner 3):

Petition an den Deutschen Bundestag

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 6 (Ordner 4 der Beweisunterlagen)

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten:

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

> > > Politisch motivierte Zerschlagung und das Bundesverfassungsgericht seit 2010 schaut zu (mit Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung):

Anlage 6.1 d) (Ordner 4 der Beweisunterlagen)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 21.10.2011

(1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11)

gegen gerichtliche Hoheitsakte

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

sowie systemischer Grundrechtsverletzungen der anschließenden Gerichtsverfahren mit Zwangsversteigerung des Geschäftshauses unter Beteiligung des Landgerichts Wuppertal

(grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren) mit Kapitel 01-31 **im Oktober 2011**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, daher Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR

Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und massive staatliche Diskriminierung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze vom 09.03.2012, 24.04.2012, 17.06.2012)

12 Jahre verheerende Folgewirkungen und Diskriminierung seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (weitere Kapitel in fortlaufender Nummerierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung

offensichtlich unter deutscher Einflussnahme gemäß der Verweigerungshaltung gegen Überlassung an den EGMR.

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 (2 BvR 397/13)

gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)

Hier: Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör gemäß Art. 103 Abs. 1 GG, Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 01.02.2014 (1 BvR 2550/14),

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 15.09.2014 gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wegen politisch motivierter Zerschlagung durch vorsätzliche, staatliche Diskriminierung nach grob fahrlässiger Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage durch staatliche UMTS-Auktion 2000 und mehrfachen Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz mit verheerenden Folgewirkungen (2-facher Verstoß gegen Art. 34 GG)

Hier: Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen Rundfunks (Beklagte) auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Kläger, Beschwerdeführer),

Verweigerung der Rechtsprechung und eines rechtsstaatlichen Verfahrens durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf, Oberverwaltungsgericht Münster und Bundesverwaltungsgericht Leipzig (Beschwerdegegner),

Exzessive Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch ein chaotisches Gerichtsverfahren eines Kammer und Senate übergreifenden Sondertribunals ohne Vollstreckungsschutz gegen Plünderung des Haushaltskontos durch die beklagte Stadt Velbert, mit parallelen Beschlüssen aus 3 Instanzen

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung mit Beschluss vom 10.10.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

> > > **Politisch motivierte Zerschlagung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk seit 2007 schaut zu**
Anlage 3.74 (Ordner 3 der Beweisunterlagen):

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75 (Ordner 3 der Beweisunterlagen):
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Anlage 3.94 (Ordner 3 der Beweisunterlagen)
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.96 (Ordner 3 der Beweisunterlagen)
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97 (Ordner 3 der Beweisunterlagen)
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Kapitel 22 liegt als Kapitel OLG-43 dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe vor.

5 prall gefüllte Ordner mit Beweismaterial liegen dem Oberlandesgericht in Düsseldorf vor. Der Unterzeichner ist gerne bereit, dem WDR (der Intendanz oder Redaktion) Einblick zu geben.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-2.pdf>
Scroll down after link

Dies ist auch eine Information zu laufenden Gerichtsverfahren. Um Beachtung wird gebeten. Gerne hören wir von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Angefügt: Mahnung des Westdeutschen Rundfunks Köln vom 01.08.2015 mit Androhung von Zwangsmassnahmen (eingegangen am 12.08.2015)

Anlage A zum Schriftsatz vom 05.07.2014

Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014 **wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)**

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Anlage B zum Schriftsatz vom 05.07.2014

3 Ordner Beweisunterlagen der Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014

Anlage C: Anzeige und Klage vom 22.06.2014

wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung

ohne Vorlage eines Haftbefehls und

wegen Hausfriedensbruch und

wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als

Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:
Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.**

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
- > > > Siehe oben
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmassnahmen und Zwangsmassnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.**

- 15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000

Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.

Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten

21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmassnahmen des WDR

Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmassnahmen

22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee

Der Deutsche Bundespräsidenten seit 2010

Der Deutsche Bundestag seit 2010

Das Bundesverfassungsgericht

Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 14.Juli 2016

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen Festsetzungsbescheid

vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

Sehr geehrter Herr Buhrow,

Schlimmer und verwerflicher als Missbrauch von psychiatrischen Kliniken (siehe ARD Doku "Gustl Mollath": In den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie) sind **politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagungen mit Todesfolge**. Solche Zerschlagungen sind **irreversibel**.

Nicht nur Ihre Vorgängerin in der Intendanz haben wir zu unserem Fall dreimal höflich angeschrieben, nach dem 3. Schreiben ist sie zurückgetreten, nachlesbar in der Internet-Cloud.

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,

**Stundung der Rundfunkgebühren
wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und
wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör**
weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Begründung / Information (Fortsetzung mit fortlaufender Nummerierung):

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen

Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

**Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden**

Zu 23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

Der Unterzeichner, Opfer politisch motivierter Zerschlagung, bis heute mit Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör, hat mit Schriftsatz vom 08.08.2015 (vor nahezu einem Jahr) mit folgenden Kapiteln an Sie geschrieben:

Kapitel 20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten

Kapitel 21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen

Kapitel 22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsidenten seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten

Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

> > > Scroll down after link (page 27)

Leider haben sich die Zustände verschlimmert:
Jetzt ist der Unterzeichner gezwungen, weiter zu klagen

wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack,
mit tödlichem Ausgang für seinen verstorbenen Bruder,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit,
wegen massiver Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte,
wegen sozialer Ausgrenzung, ohne Krankenversicherung, ohne
Pflegeversicherung infolge unverschuldeter, durch politisch motivierte
Zerschlagungen erzwungene Notlage
wegen kapitaler Vermögensschäden
wegen kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör.

**Zu 24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß
laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung
für Verfassungsbeschwerde**

**Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen
Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal**

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

**Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör
trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer
hochqualifizierter Zeugenaussagen**

Sieh Anlage D mit „Anhörungsrüge gegen den 6.Senat des
Bundesverwaltungsgerichts“ mit Schriftsatz vom 14.07.2016
Klage auf Stundung der Rundfunkbeiträge und Unterstützung der Rehabilitation
durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
wegen politisch motivierter Zerschlagung des Klägers unter Verantwortung der
beklagten Bundesregierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
jetzt auch **wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack**
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

**Erste Zerschlagung: Klage auf Schadenersatz für materielle und
immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes,
Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale
Ausgrenzung**

**wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung)**

gegen

Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem
Kanzleramtsminister

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Zweite Zerschlagung: Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg, vertreten durch den Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister.

Der Unterzeichner ist einziger Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders und kann gegen staatliche Übergriffe mit Todesfolge keine Rechtsanwälte finanzieren wegen kapitaler Vermögensschäden aus erster Zerschlagung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Soweit der Unterzeichner kein rechtliches Gehör beim Bundesverwaltungsgericht erreichen kann, wird er das Bundesverfassungsgericht mit einer Verfassungsbeschwerde anrufen.

**Zu 25. Erste Zerschlagung:
Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung
Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)
Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.**

Die ausführliche Begründung in der Fortsetzung des zivilrechtlichen Verfahrens umfasst folgende Kapitel:

E01. Stand des zivilrechtlichen Schadenersatzverfahrens nach Klageerhebung mit Schriftsatz vom 30.März 2015 an das Landgericht Wuppertal
Bis heute: Versagung von rechtlichem Gehör zu rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und zu politisch motivierter Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Daher: Antrag auf Erinnerungsverfahren

E02. Grober Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch zur Enteignung und staatlichen Übernahme des Nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

E03. Verfassungswidriger Missbrauch des Regulierungsrechtes zur rücksichtslosen Enteignung und Wegnahme des Nationalen IT-Gipfels nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde mit Zerstörung des Innovationsmarktes die Einstellung der Europäischen Congressmessen des Klägers erzwungen und die Übernahme des nationalen IT-Gipfels vorbereitet
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Staatliche Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter Ausgrenzung des Klägers von der Beklagten rücksichtslos umgesetzt

trotz intensiven Werbens des Klägers für eine konzertierte digitale Innovationsoffensive

E04. Rücksichtslos und gnadenlos: Politisch motivierte Zerschlagung nach totaler Zerstörung des Innovationsmarktes für IT und Telekommunikation

Warum wurden intensive Bemühungen um eine Innovationsoffensive in 2004 nach Einstellung der Congressmessen zurückgewiesen?

Warum wurden qualifizierte Schriftsätze mit Projektvorschlägen für digitale Evolution von Mitgliedern der Bundesregierung mit Nicht-Beantwortung abgestraft?

Sieh Beweis-Ordner 3: Beweise für absichtliche Ausgrenzung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträger, der diesen Innovationsmarkt mit seinen herausragenden Congressmessen über viele Jahre nachhaltig geprägt, aufgebaut, entwickelt und dominiert hat

Weil unglaubliche staatliche Übergriffe nicht mehr rückgängig gemacht werden sollten. Enteignung und Diskriminierung sind verfassungswidrig.

E05. Beweise für politisch motivierte Zerschlagung in Beweis-Ordner 3 und Beweis-Ordner 4 und Internet-Cloud:

Warum Niederschlagung der Petition an den Deutschen Bundestag (März 2011 bis Januar 2012, Anlage 6.1 in Beweis-Ordner 4)?

Warum werden qualifizierte Briefe und Projektvorschläge für digitale Evolution (Beweis-Ordner 3) nicht beantwortet? Nicht einmal der Empfang bestätigt?

Briefe an beklagte Bundeskanzler und Bundeskanzlerin, an beklagte Vizekanzler, an beklagte Bundesminister und Staatssekretäre

Qualifizierte Briefe von einem mit Weltklasse-Leistungen für digitale Evolution ausgewiesenen Absender

E06. Politisch motivierte Zerschlagung des Klägers nach Zerstörung des digitalen Innovationsmarktes durch rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Nationaler IT-Gipfel der Europäischen Congressmessen nach 2004 unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums und mit diskriminierender Ausgrenzung des Klägers weitergeführt

Totale Diskriminierung des Beschwerdeführers

trotz intensiver Bemühungen mit Präsentationen zu Innovationsoffensiven und Projektplanungen zur digitalen Evolution: Sieh Beweise, Präsentationen und Schriftsätze in Ordner 3

E07. Von Versagung rechtlichen Gehörs zur totalen Versagung des Zugangs zum Grundgesetz:

Erweiterte Verfassungsbeschwerde, weil kein Zugang zum Grundgesetz seit 2010 (verfassungswidriger Dauerzustand) vor dem Hintergrund von politisch motivierter und psychischer Zerschlagung (Anlage ER-01)

Antrag auf Zusammenführung aller zusammenhängenden Verfassungsbeschwerden seit Dezember 2015 wegen

Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör

vor dem Hintergrund von politisch motivierter und psychischer Zerschlagung und von Missbrauch sozialer Exklusion zur finalen Zerschlagung

Einspruch gegen den 1-Richter-Beschluss I-10 W 67/16, I-18 W 36/15 des 10.Zivilsenats des OLG (Anlage ER-05) und Antrag auf Erinnerungsverfahren

E08. Nicht hinnehmbar: Versagung von rechtlichem Gehör für qualifiziertes, umfangreiches Beweismaterial, erweiterbar mit Beweismaterial des Congressmesse-Archivs

Trotz qualifizierter Ausarbeitung des Antrags auf Erinnerungsverfahren

auf 77 Seiten: Bis heute nur einen Vermerk der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal.

Nicht nur juristisch, sondern auch ethisch verwerflich: Opfer politisch motivierter Zerschlagung zum Sündenbock für judikatives Versagen von rechtlichem Gehör zu erklären

Sieh Anlage BVG-07

Schriftsatz vom 18.Juni 2016 an das Oberlandesgericht Düsseldorf

18.Zivilsenat, I-18 W 36/15

Erinnerungsverfahren wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit

Leihgabe der Congressbände zur Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 als Muster für professionellen Verlagsservice)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

> > > Scroll down after link (page 51)

Zu 26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

Aus der Klageschrift vom 06.07.2016 an das Landratsamt Wuppertal:

Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge: **Wendelin Josef Ockl**, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth

Albin L. Ockl, alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders (Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen

Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg, vertreten durch den Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese vertreten von dem leitenden Staatsminister.

Der Kläger, alleiniger Erbe und Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, hat nach einer Petition an den Bayerischen Landtag im Mai 2010 umfangreiche Rechtsunterstützung gegeben, um auf Bitten seines verstorbenen Bruders seine finale Zerschlagung zu verhindern, und nach seiner Zerschlagung mit Todesfolge umfangreiche Rechtsbemühungen unternommen, um posthume Rehabilitierung und Schadenersatz wegen der kommunalpolitisch motivierten und heimtückisch ausgeführten Zerschlagung seines Bruders mit Todesfolge zu erreichen. Der Vortrag dieser Klage und die Beweisführung ist an diesen aufwändig und sorgfältig ausgearbeiteten Verfahren orientiert:

Schriftsatz vom 24. Oktober 2015 (Anlagen Teil 1) mit Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalts zur Strafanzeige 1 AR 481/14 (Anlage BGH3-01):

Strafanzeige wegen krimineller Rechtsbeugung mit verheerenden Folgewirkungen

mit Verweigerung von verwaltungsjuristischen Berufungsverfahren zur Verdeckung krimineller Rechtsbeugung vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

Verheerende Folgewirkungen sind

Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden nach einer langjährigen Treib- und Hetzjagd durch bayerische Verwaltung mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung, krimineller Rechtsbeugung durch verantwortungslose Amtsträger und Richter sowie

Verweigerung von Berufungsverfahren zur Aufdeckung krimineller Rechtsbeugung.

Der detaillierte Schriftsatz (639 Seiten mit Einbeziehung der Schriftsätze an den Generalbundesanwalt und das Bundesverfassungsgericht) wurde an den III. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (zum laufenden Verfahren III ZB 108/15) zugesandt mit Bitte um Kenntnisaufnahme und

Antrag auf Weiterleitung an das zuständige Rechtsbeschwerdegericht am BGH, der umfangreich begründete Schriftsatz wurde nicht beantwortet.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Schriftsatz vom 09.April 2014 / 28.April 2014 (Anlage BGH3-01 und BGH3-04) an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof mit Strafanzeige (Gesamt 633 Seiten)

wegen krimineller Rechtsbeugung in bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz mit verheerenden Folgewirkungen vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und wegen Verweigerung von Berufungsverfahren

Beklagt: Untätigkeit trotz Verlust eines Menschenlebens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>

Schriftsätze vom 22.09.2013 / 15.11.2013 / 24.03.2014 / 10.04.2014 / 28.04.2014 an das Bundesverfassungsgericht (Anlage Teil 2)

Verfassungsbeschwerde wegen Verweigerung einer rechtsstaatlichen Rechtsprechung durch unerträgliche Verzögerungen trotz eindeutiger Beweislage,

wegen Rehabilitierung des verstorbenen Bruders Wendelin Josef Ockl nach einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd durch bayerische Verwaltung,

mit tödlichem Abschluss für den Gejagten (2.Todesopfer).

Fortsetzung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens seit 07.12.2010 von Albin Ludwig Ockl (Beschwerdeführer, Kläger, Rechtsnachfolger)

als Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders Wendelin Josef Ockl, gegen Freistaat Bayern (Gemeinde Leonberg / Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich / Landratsamt Tirschenreuth / Bezirksregierung Regensburg: Beschwerdegegner, Beklagter)

Verfassungsbeschwerde: Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf>

In einem Rechtsstaat nicht mehr vorstellbar:

Zweimal politisch motivierte Zerschlagung von Kläger (1) und Opfer (2), bundespolitisch (1) und lokalpolitisch (2) motivierte Zerschlagungen mit heimtückischer Ausführung der Zerschlagungen, mit Todesfolge nach langjähriger Treib- und Hetzjagd, mit kapitalen Vermögensschäden, mit unbewältigter NS-Vergangenheit, ohne Chance auf rechtliches Gehör in weiteren, zusammenhängenden Gerichtsverfahren.

Die durch **bundespolitisch** motivierte Zerschlagung erzwungene, unverschuldete Notlage des Klägers (III ZB 108/15 Bundesgerichtshof, I-18 W 36/15 Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal) und die Verweigerung von Prozesskostenhilfe durch bayerische Verwaltungsgerichte **trotz Nachlass-Insolvenz** sind der ausschließliche Grund, dass eine anwaltliche Vertretung in den angestrebten Berufungsverfahren am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof nicht möglich war, sodass bis heute keine Berufung zugelassen wurde. Über die unverschuldete Notlage des klagenden Rechtsnachfolgers waren die bayerischen Verwaltungsgerichte und Berufungsgerichte vom Kläger ausführlich informiert, um Prozesskostenhilfe-Anträge begründen zu können. **Trotzdem wurden Prozesskostenhilfeanträge abgewiesen.**

Folgende Berufungsverfahren wurden vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof wegen nicht finanzierbarer anwaltlicher Vertretung nicht zugelassen:

Antrag auf Berufung gegen verwaltungsgerichtliches Urteil RO 7 K 10.2208

mit Schriftsatz des Verstorbenen vom 12.12.2011 an Bayerisches Verwaltungsgericht Regensburg: Sieh Anlage Teil 2 Seite 553

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/VWG-wo2.pdf>

> > > Scroll down after link (page 13)

Antrag auf Berufung gegen verwaltungsgerichtliche Urteile und Beschlüsse (mit nachgewiesener Rechtsbeugung) vom 24.10.2014 zu den Verfahren RO 5 K 10.2208 und RO 5 K 11.566

mit Schriftsatz des Klägers vom 21.01.2014 an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München: Sieh Anlage Teil 2 Seite 68

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Darüber hinaus wird von der Staatsoberkasse Bayern / Finanzamt Landshut die Kostenerstattung für **2 verwaltungsgerichtliche Verfahren** (RO 5 K 10.2208 und RO 5 K 11.566) am VG Regensburg, für die Berufungsverfahren trotz ausführlich begründeter Berufungsunterlagen verweigert wurden, eingefordert **und mit Missbrauch von Staatsgewalt** (Eintragung einer Zwangshypothek durch das Amtsgericht Velbert) erzwungen.

Mit diesen **2 verwaltungsgerichtlichen Verfahren** wurde die finale Zerschlagung des Opfers mit Rechtsbeugung und tödlichem Finale rücksichtslos abgeschlossen. **Daher wurde sofortige Beschwerde gegen den Beschluss des Amtsgerichts Velbert (VE-6192-23) eingeleitet und zivilgerichtliche Klageerhebung gegen den Freistaat Bayern am zuständigen Landgericht Wuppertal vorgenommen.**

Detaillierte Ausführungen in Anlage BVG-08 und in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Der beklagte WDR wird vom Unterzeichner ausführlich informiert. Der Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren wegen der mit politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack erzwungenen Notlage und der Antrag auf Unterstützung der Rehabilitierung durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk wird erneut gestellt.

7 prall gefüllte Ordner mit Beweismaterial liegen am Landgericht in Wuppertal vor. Der Unterzeichner ist gerne bereit, dem WDR (der Intendanz oder Redaktion) Einblick zu geben. 5 Ordner zu erster Zerschlagung:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link

Dies ist auch eine Information zu laufenden Gerichtsverfahren. Um Beachtung wird gebeten. Gerne hören wir von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlagen zu diesem Schriftsatz vom 14.07.2016

Anlage D

Klage auf Stundung der Rundfunkbeiträge und Unterstützung der Rehabilitation durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk wegen politisch motivierter Zerschlagung des Klägers unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, jetzt auch wegen politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Hier: Einspruch gegen den Beschluss des 6.Senats des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.Juni 2016 (eingegangen am 01.Juli 2016) mit dem besonderen Rechtsbehelf der Anhörungsrüge

mit den Anlagen BVG-07 und BVG-08

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

Scroll down after link (page 60)

Anlage BVG-07

Schriftsatz vom 18.Juni 2016 an das Oberlandesgericht Düsseldorf

18.Zivilsenat, I-18 W 36/15

Erinnerungsverfahren wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Leihgabe der Congressbände zur Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 als Muster für professionellen Verlagsservice)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

> > > Scroll down after link (page 51)

Anlage BVG-08

Schriftsatz vom 06.Juli 2016 an das Landgericht Wuppertal

Klage auf posthume Rehabilitation des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und

wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Anlagen zu Schriftsatz vom 05.07.2014

Anlage A zum Schriftsatz vom kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör.

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014 wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Anlage B zum Schriftsatz vom 05.07.2014

3 Ordner Beweisunterlagen der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Schriftsatz vom 15.06.2014

Anlage C: Anzeige und Klage vom 22.06.2014

wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung

ohne Vorlage eines Haftbefehls und

wegen Hausfriedensbruch und

wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
- > > > Siehe oben
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:

Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolate Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen

Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 10.Sept. 2016

Beitragsnummer 250 514 940
Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:
Für Mitwisser eine Verpflichtung. Sieh Anlage V-1, Seite 103
Deutschland bleibt nicht Deutschland

Sehr geehrter Herr Buhrow,

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,
Stundung der Rundfunkgebühren
wegen politisch motivierter Zerschlagungen und
wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör
weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Hiermit möchten wir Sie informieren über die Klage auf Stundung der Rundfunkbeiträge und Unterstützung der Rehabilitierung durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter Zerschlagungen des Klägers und seines Bruders mit Todesfolge (Kläger ist einziger Rechtsnachfolger des Verstorbenen)
unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Hiermit möchten wir Sie ermutigen, **Eigenverantwortung zu übernehmen** und sich nicht ausschließlich nach einem beklagten Bundeskanzleramt zu richten. In dieser Angelegenheit ist es erforderlich, unsere juristischen Anstrengungen zur Abwehr staatlicher Übergriffe zu kennen und zu bewerten.

Trotz intensiver Bemühungen seit 2010, ohne Wochenende, ohne Urlaub, trotz qualifizierten und umfangreichen Beweismaterials, wird rechtliches Gehör zu unerhörten Vorgängen staatlicher Übergriffe, politisch motivierter Zerschlagungen bis heute verweigert:

Das Grundgesetz ist nur noch Makulatur. Gerichte amüsieren sich über Verfassungsbeschwerden. Krimineller Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte in der Justiz wird beklagt. Rechtsbeugung ist alltäglich.

Rentner mit 75 Jahren, die mit ihrer Leistung die ITK-Branche aufgebaut haben, werden mit schikanierenden Gerichtsverfahren abgewimmelt.

Rentner mit 75 Jahren haben de facto keine Krankenversicherung und keine Pflegeversicherung mehr, obwohl sie bis 2010 Beiträge für Premiumversicherungen bezahlt haben

Das Leben eines Staatsbürgers mit einer herausragenden Lebensleistung hat nur noch die Bedeutung einer Wählerstimme, auf die man auch verzichten kann.

Protestparteien brauchen kein Parteiprogramm mehr, um „stante pede“ zigtausende Nicht-Wähler zu reaktivieren. Wie viele Leichen hat deutsche Politik im Keller? Sieh Anlage I-0.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem Rechtsstaat wahrzunehmen.

Daher möchten wir Sie bitten, unserem Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren stattzugeben, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 09. September 2016 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen unanfechtbaren Beschluss vom 24. August 2016 (eingegangen am 27.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

Scroll down after link (page 91)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als

Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:
Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Per Fax an 0221-220-2000

Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk

50600 Köln

Velbert, 26.November 2016

Beitragsnummer 250 514 940
Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:
Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.
Deutschland bleibt nicht Deutschland

Sehr geehrter Herr Buhrow,

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,
Erlass der Rundfunkgebühren
wegen politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen und
wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör
weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Hiermit möchten wir Sie informieren über die Fortsetzung der Klage mit dem Rechtsmittel der Berufung und Unterstützung der Rehabilitierung durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen des Klägers und seines Bruders mit Todesfolge (Kläger ist einziger Rechtsnachfolger des Verstorbenen)
unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod des Verstorbenen mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Hiermit möchten wir Sie ermutigen, **Eigenverantwortung zu übernehmen** und sich nicht ausschließlich nach einem beklagten Bundeskanzleramt zu richten. In dieser Angelegenheit ist es erforderlich, unsere juristischen Anstrengungen zur Abwehr staatlicher Übergriffe zu kennen und zu bewerten.

Deutschland braucht einen starken **Rechtsstaat**, den wir bis heute noch nicht kennenlernen konnten.

Das Grundgesetz ist nur noch Makulatur. Gerichte amüsieren sich über Verfassungsbeschwerden. Krimineller Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte in der Justiz wird beklagt. Rechtsbeugung ist alltäglich. Rentner mit 75 Jahren, die mit ihrer Leistung die ITK-Branche aufgebaut haben, werden mit schikanierenden Gerichtsverfahren abgewimmelt. Rentner mit 75 Jahren haben de facto keine Krankenversicherung und keine Pflegeversicherung mehr, obwohl sie bis 2010 Beiträge für Premiumversicherungen bezahlt haben. Das Leben eines Staatsbürgers mit einer herausragenden Lebensleistung hat nur noch die Bedeutung einer Wählerstimme, auf die man auch verzichten kann. Protestparteien stehen sich höchstens selbst im Wege und brauchen kein Parteiprogramm mehr, um „stante pede“ zigtausende Nicht-Wähler zu reaktivieren. Wie viele Leichen hat deutsche Politik im Keller? Sieh Anlage I-0.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem schwachen Rechtsstaat wahrzunehmen.

Wir möchten Sie darum bitten, unseren Antrag auf sofortige Härteleistungen beim Bundesamt für Justiz zu unterstützen (Anlage VI-1), bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 25. November 2016 mit Rechtsmittel der Berufung mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen das Urteil vom 22. September 2016 (eingegangen am 01.10.2016) und mit Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13. Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als

Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:
Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 25.November 2017

Beitragsnummer 250 514 940

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Deutschland bleibt nicht Deutschland (Fortsetzung von 2016)

Sehr geehrter Herr Intendant,

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Wir beklagen eine Wand des Schweigens:

„**Tear down this wall**“, so US President Ronald Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987. Es hat noch 2 ½ Jahre gedauert, bis die Mauer gefallen ist.

Wir klagen seit 2010 als Opfer

**politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa**

Wir klagen weiter als Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems:

Sieh Anlage

**Schriftsatz vom 24.Nov.2017 mit Stellungnahme zur Mitteilung der
27.Kammer vom 13.Nov.2017 über „Berufung“**

Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht,
Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Das Opfer/Justizopfer hat in 2017 eine qualifizierte Maischberger-Sendung vorbereitet zum Thema:

**Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen
Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung ist ein weiterer Beweis für Mitwisserschaft und Mittäterschaft und begründet einen zusätzlichen Klagepunkt: **Diskriminierung in einer pluralen Gesellschaft.** Die christlichen Religionsgemeinschaften wurden anlässlich der Vorbereitung der Maischberger-Sendung besonders ausführlich informiert über die Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung deckt sich mit den Erfahrungen aus früheren Bewerbungen des Opfers zur Mitwirkung in Politmagazinen des ÖRR. Beweise liegen vor. Unerträglich ist die **Wand des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer gigantischen Umverteilungspolitik


Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen, **Erlass der Rundfunkgebühren wegen politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen und wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör** weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Wir appellieren noch einmal an Sie. Reißen Sie diese Wand des Schweigens endlich ein. Beispielsweise durch Zulassung einer qualifizierten Maischberger-Sendung, wie oben beschrieben.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem schwachen Rechtsstaat wahrzunehmen.

Der Empfang unseres Antrags auf sofortige Härteleistungen beim Bundesamt für Justiz (Anlage VI-1 im Schreiben vom 26.Nov.2016) wurde jetzt nach einem Jahr bestätigt, mit einer Absage. Schadenersatz aus Staatshaftung ist unverzichtbar, damit wir wieder in der Lage kommen, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 24.Nov.2017 mit Stellungnahme zur Mitteilung der 27.Kammer vom 13.Nov.2017 über „Berufung“

Antrag auf Berufungsinstanz mit Zuständigkeit für Telekommunikationsrecht, Medien- und Rundfunkrecht (13.Senat des Oberverwaltungsgerichts NRW)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitierung
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitierung. Daher unsere Bitte um Unterstützung
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25.Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 10.Dezember 2017

Beitragsnummer 250 514 940

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Deutschland bleibt nicht Deutschland (Fortsetzung von 2016)

Sehr geehrter Herr Intendant,

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4.Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Wir beklagen eine Wand des Schweigens:

„**Tear down this wall**“, so US Präsident Ronald Reagan in West Berlin am 12.Juni 1987. Es hat noch 2 ½ Jahre gedauert, bis die Mauer gefallen ist.

Wir klagen seit 2010 als Opfer

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Wir klagen weiter als Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems:

Sieh Anlage:**Schriftsatz vom 10.Dez.2017 mit Einspruch gegen**

Stellungnahme des Oberverwaltungsgerichts NRW vom 22.Nov.2017 wegen ständiger Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör zur verwaltungsgerichtlichen Klage im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Der 2.Senat des Oberverwaltungsgerichtes versagt und verhindert rechtliches Gehör zu:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems

(Herrschaft des Unrechts) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Das Justizopfer bekämpft das verfassungswidrige Verhalten des 2.Senat mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge. Sieh Anlage.

Das Justizopfer informiert auch die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin:

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Zielsetzung ist eine

angemessene Anerkennung seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa, Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine

angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,

um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum für und mit digitaler Evolution zu erreichen. Professionelle Arbeitsweise, wie mit seinem Lebenswerk beispielhaft vorgeführt, erfordert nicht nur ein entsprechendes Know-how, sondern auch entsprechende Investitionen.

Das Opfer/Justizopfer hat in 2017 eine qualifizierte Maischberger-Sendung vorbereitet zum Thema:

Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:

Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung ist ein weiterer Beweis für Mitwisserschaft und Mittäterschaft und begründet einen zusätzlichen Klagepunkt: **Diskriminierung in einer pluralen Gesellschaft.**

Die christlichen Religionsgemeinschaften wurden anlässlich der Vorbereitung der Maischberger-Sendung besonders ausführlich informiert über die Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung deckt sich mit den Erfahrungen aus früheren Bewerbungen des Opfers zur Mitwirkung in Politmagazinen des ÖRR. Beweise liegen vor.

Unerträglich ist die **Wand des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer gigantischen Umverteilungspolitik

Kein Weiter-so: Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, mit Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz (Zerschlagung 5): Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 212)

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen,

Erlass der Rundfunkgebühren wegen politisch motivierter extremistischer Zerschlagungen und wegen Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör weiter zu beantragen und deswegen auch weiter zu klagen.

Wir appellieren noch einmal an Sie. Reißen Sie diese Wand des Schweigens endlich ein. Beispielsweise durch Zulassung einer qualifizierten Maischberger-Sendung, wie oben beschrieben.

Deutsche Justiz, die eigentlich politisch motivierte Zerschlagungen abwehren und nicht vollenden sollte, ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben in einem schwachen Rechtsstaat wahrzunehmen.

Selbst Jens Gnisa, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, schlägt Alarm: „Der Staat setzt das Recht oft nicht durch“ in seinem Buch „Das Ende der Gerechtigkeit“.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 10.Dez.2017 mit Einspruch gegen Stellungnahme 2 A 2782/17 vom 22.Nov.2017 (eingegangen per Fax am 29.Nov.2017) wegen ständiger Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör zur verwaltungsgerichtlichen Klage im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation

13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte

18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen

19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen: Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25.Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Schreiben vom 10.Dez. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0221-220-2000

**Herrn Tom Buhrow
Intendant
Westdeutscher Rundfunk**

50600 Köln

Velbert, 22. Januar 2018

Beitragsnummer 250 514 940

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4. Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser eine Verpflichtung. Für Mittäter schonungslose Aufklärung.

Deutschland bleibt nicht Deutschland (Umbruch jetzt)

Sehr geehrter Herr Intendant,

Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, 4. Macht im Staate zu sein:

Für Mitwisser und Mittäter eine Verpflichtung zu schonungsloser Aufklärung,
Rehabilitierung und Schadenersatz.

Wir beklagen eine Wand des Schweigens:

„**Tear down this wall**“, so US Präsident Ronald Reagan in West Berlin am
12. Juni 1987. Es hat noch 2 ½ Jahre gedauert, bis die Mauer gefallen ist.

Wir klagen seit 2010 als Opfer

politisch motivierter Zerschlagungen

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Wir klagen seit 2013 als Opfer

heimtückischer Mitwisserschaft und Mittäterschaft des Öffentlich-

rechtlichen Rundfunks bei der Durchsetzung einer gigantischen

Umverteilungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen (gigantische

Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)

Wir klagen jetzt als Justizopfer
eines teuflischen, Menschenrechte-verachtenden Unrechtssystems mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung,
mit Opfer-Anspruch auf rechtliches und mediales Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Sieh

Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der Verwaltungsgerichte und des Öffentlich-rechtlichen
wegen ständiger Versagung und Verhinderung von rechtlichem und medialem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge mit
Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Verwaltungsgerichtliches Verfahren 27 K 5854/13: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

Die Verfassungsbeschwerde umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte:
Beschlüsse des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens mit Antrag auf Prozesskostenhilfe durch alle Instanzen wegen staatlich erzwungener Altersarmut infolge einer gigantischen Umverteilungspolitik mit gigantischen Zerschlagungen, mit **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe auf ein Justizopfer**
in einem teuflischen Unrechtssystem ohne eine Chance auf rechtliches Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden
hier erneute Verfassungsbeschwerde gegen 2.Senat eines OVG, dessen Zuständigkeit seit 2013 bestritten wird im Anschluss an Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2331/17 (AR 6343/17, AR 5737/16, Zerschlagung 3) vom 15.Sept.2017/12.Okt.2017

BVERFG-22. Aktuelle Hintergrundinformationen zu **Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation** seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin, Intendanten und ARD-Vorsitzenden: Kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

BVERFG-23. Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit **Todesfolge** sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010. Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zu Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

BVERFG-24. Diskriminierende und diffamierende Argumentation des 2.Senats des Oberverwaltungsgerichts im Beschluss 2 A 2782/17 nach Anhörungsrüge

Untaugliche Versuche zur Verdeckung unerträglicher Mitwisserschaft, Mittäterschaft und strafbarer Kumpanei des Beklagten durch vorzeitige Beendigung des Verfahrens > > > **Missbrauch deutscher Justiz zur Verdeckung eines teuflischen Unrechtssystems**
Beteiligung an politisch motivierten, extremistischen Zerschlagungen, **mit Treib- und Hetzjagd mittels blindwütigen Pfändungen auf Pfändungsschutzkonten des Opfers durch einen mitschuldigen Staatsrundfunk**

2.Senat diskriminiert in unerträglicher Weise Justizopfer: „in querulatorischer und damit rechtsmissbräuchlicher Weise“

Alternativlos: Fortsetzung des Verfahrens mit Anspruch auf lückenlose Aufklärung, Rehabilitierung und Schadenersatz

Die gesamte Verfassungsbeschwerde ist einsehbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Mit Sicherheit steht fest, dass sich die betroffenen Verwaltungsgerichte einschließlich des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks

nicht einfach „vom Acker machen“ können, angesichts des juristischen und politischen Desasters, auf Kosten des Klägers, Opfers/Rechtsnachfolgers politisch motivierter Zerschlagungen und Justizopfers eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Das Opfer stellt Antrag auf Stellungnahme des Intendanten:

Nicht nur der Unterzeichner, alle Opfer der gigantischen Umverteilungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen (gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010) haben Anspruch auf vollständige Aufklärung.

Das Opfer/Justizopfer hat in 2017 eine qualifizierte Maischberger-Sendung vorbereitet zum Thema:

Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung: Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung ist ein weiterer Beweis für Mitwisserschaft und Mittäterschaft und begründet einen zusätzlichen Klagepunkt: **Diskriminierung in einer pluralen Gesellschaft.** Die christlichen Religionsgemeinschaften wurden anlässlich der Vorbereitung der Maischberger-Sendung besonders ausführlich informiert über die

Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution für Deutschland und Europa

Die Nicht-Zulassung dieser Sendung deckt sich mit den Erfahrungen aus früheren Bewerbungen des Opfers zur Mitwirkung in Politmagazinen des ÖRR. Beweise liegen vor.

Unerträglich ist die **Wand des Schweigens des gesamten ÖRR** über die politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld einer gigantischen Umverteilungspolitik

Kein Weiter-so: Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, mit Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften mit Weisungsgeber des beklagten Bundeskanzleramts und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz (Zerschlagung 5): Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Leider haben wir von den Öffentlich-Rechtlichen bis heute keine Unterstützung für unsere Rehabilitierung erhalten. Jetzt sind wir gezwungen, Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwisserschaft und Mittäterschaft **zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör** zu beklagen. Vollständige Aufklärung jetzt.

Wir appellieren noch einmal an Sie. Reißen Sie diese Wand des Schweigens endlich ein. Beispielsweise durch Zulassung einer qualifizierten Maischberger-Sendung, wie oben beschrieben, mit Start in einem Politmagazin..

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlagen

Schriftsatz vom 20.Jan.2018 mit Information über Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der Verwaltungsgerichte und des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Verwaltungsgerichtliches Verfahren: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches und mediales Gehör nach Art.103 Abs.1 GG

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 219)

Legende unserer Schreiben an die Intendanz des WDR

Schriftsatz vom 31.12.2012

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Einspruch gegen GEZ-Bescheid

01. Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen.

Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung

04. Widerspruchsbescheid des Westdeutschen Rundfunks ist eine hinterlistige
Manipulation des Sachverhalts in Täuschungsabsicht, Notsituation von der GEZ
gnadenlos ausgenutzt unter dem Deckmantel der Sachfremdheit von UMTS

05. Intendanz ist verantwortlich für die gnadenlose Treib- und Hetzjagd der GEZ,
die von uns in einer Serie von Schriftsätzen informiert ist und diese als
Sachfremdheit von UMTS abwimmelt

06. Bis heute: Diskriminierung aller Rehabilitierungsbemühungen,

bis heute: Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung,

bis heute: Unterdrückung von Zeugenaussagen und Beweisen

07. Stundung der GEZ-Gebühren bis zur gerichtlichen Klärung von
Schadenersatz und Rehabilitierung

Rettung herausragender Zeitzeugnisse über 27 Jahre Innovation durch
Telekommunikation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben vom 16.01.2013:

Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Schriftsatz vom 14.06.2013: Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren:

08. GEZgnadenlos:

Rücktritt nach 3 Schreiben anstatt Verantwortung zu übernehmen

Untätigkeit trotz ausführlicher Informationen

Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000

09. Wir sind Geschädigte, wir sind nicht schuld daran und können nichts daran
ändern, wenn verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 bis heute
nicht aufgearbeitet sind, wenn wir eine totale Diskriminierung trotz unserer
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland ertragen müssen, wenn wir
deswegen Stundung der Gebühren beantragen müssen. Daher nochmals eine
Information in Kurzform

10. Lebenserfahrungen der Geschädigten zu einem

Scherbenhaufen deutscher Politik, deutscher Verwaltung und deutscher Justiz:

Vorwürfe gegen einen sogenannten Rechtsstaat

11. Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung:

Anhörungsresistenz des Deutschen Bundestags und der Justiz ist Ursache für
Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten

12. Treib- und Hetzjagd auf die Geschädigten sind ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit wegen Diskriminierung ihres Rechts auf Schadenersatz und Rehabilitation
13. Staatshaftung für einen Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal: Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
14. Informationsskandal: 13 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
15. Geschädigte wollen keinen Nachlass der Rundfunkgebühren, sondern Stundung bis zur rechtsstaatlichen Klärung von Schadenersatz und Rehabilitation. Daher unsere Bitte um Unterstützung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 07.07.2014: Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die Beigeladenen herbeizuführen.**

16. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten: Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)
17. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Missbrauch von Staatsgewalt, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Bürger 2.Klasse im sogenannten Rechtsstaat Deutschland haben keine Grundrechte
18. Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Verwaltungsgericht Regensburg: Bruder von bayerischer Verwaltung in den Tod getrieben. Notlage des Alleinerben aus staatlicher UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt, um Berufung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abzulehnen
19. Rundfunk mit privilegiertem Informationsauftrag sollte nicht diskriminieren, sondern sich aktiv an der Aufklärung beteiligen:
Öffentlicher Rundfunk darf nicht für staatliche Zwecke instrumentalisiert werden
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

**Schriftsatz vom 18.08.2015:
Widerspruch gegen Mahnung im Umfeld von politisch motivierter Zerschlagung: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung und als verfassungswidrig abzuwehren
Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.
15-Jahre-Jubiläum: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten endlich nachdenken, inwieweit sie die Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls diskriminiert haben und nun Beihilfe leisten zur politisch motivierten Zerschlagung.**

20. Ein Jubiläum: 15 Jahre staatliche UMTS-Auktion 2000
Deutscher Rechtsstaat, der nach 15 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung zu einer Jahrhundert-Ungerechtigkeit nur desolates Justiz-Verfahren produziert und nur neue Ungerechtigkeiten hinzufügen kann, hat seinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigt.
Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren mit Klageschwerpunkt der politisch motivierten Zerschlagung vor Zivilgerichten
21. Politisch motivierte Zerschlagung und Beihilfe zur politisch motivierten Zerschlagung durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des WDR
Zurückweisung der Mahnung und der angedrohten Zwangsmaßnahmen
22. Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu: Eine politische und juristische Odyssee
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010
Der Deutsche Bundestag seit 2010
Das Bundesverfassungsgericht
Die Intendanten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten
Rechtsbeschwerde an den Bundesgerichtshof
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schriftsatz vom 14.07.2016:

Widerspruch gegen Mahnung / Bescheid im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen: Staatliche Zwangsmaßnahmen und Zwangsmaßnahmen der Beteiligten während des laufenden Verfahrens sind als verwerfliche Beihilfe zu politisch motivierten Zerschlagungen und als verfassungswidrig abzuwehren

Hier: Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen.

23. Schriftsatz vom 08.08.2015 mit Information über Fortsetzung der verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Anstrengungen, eine Entscheidung mit Unterstützung durch die „Öffentlich-Rechtlichen“ herbeizuführen

Unerträglich: Auftrags-Antwort mit vollstreckbaren Festsetzungsbescheid vom 03.06.2016 (eingegangen am 15.06.2016)

Daher: Widerspruch und Antrag auf weitere Stundung der Rundfunkgebühren wegen schuldloser, erzwungener Notlage infolge politisch motivierter Zerschlagung im Doppelpack und kompletter Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör

24. Widerspruch gegen vollstreckbaren Festsetzungsbescheid gemäß laufender Anhörungsrüge am Bundesverwaltungsgericht als Vorbedingung für Verfassungsbeschwerde

Politisch motivierte Zerschlagung im Doppelpack mit rechtshängigen Schadenersatzverfahren beim Landgericht Wuppertal

In einem Rechtsstaat nicht mehr nachvollziehbar:

Komplette Versagung von rechtlichem, politischem und medialem Gehör trotz ausführlichem, qualifizierten Beweismaterials und verfügbarer hochqualifizierter Zeugenaussagen

25. Erste Zerschlagung:

Deutsche Justiz verantwortlich für unerträgliche Verzögerungen mit Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren der ersten Zerschlagung

Einleitung des Erinnerungsverfahrens mit Schriftsätzen vom 20.Mai 2016 und 18.Juni 2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

unter Verwendung des Beweismaterials (Beweis-Ordner 0, 1, 2, 3, 4 mit Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 gemäß Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Klägers, separate Anlieferung, zuletzt bei OLG Düsseldorf wegen Beschwerdeverfahren I-18 W 36/15)

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz: Opfer ist gezwungen, mit Prozesskostenhilfe ohne anwaltliche Unterstützung durch alle Instanzen zu klagen, um am Bundesverfassungsgericht zu hören: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung, seit 2010.

26. Neue, zweite Zerschlagung mit irreversiblen Ausgang, jetzt auch in diesem Verfahren zusätzlicher Grund für Stundung der Rundfunkgebühren wegen erzwungener Notlage:

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Schreiben vom 10.Sept. 2016 mit

Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 26.Nov. 2016 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 61)

Schreiben vom 25.Nov. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 67)

Schreiben vom 10.Dez. 2017 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Schreiben vom 22.Januar 2018 mit

Antrag auf Erlass der Rundfunkgebühren, bis wir nach Schadenersatz aus Staatshaftung wieder in der Lage sind, Krankenversicherung, Pflegeversicherung wie jeder Flüchtling nutzen zu können und auch Rundfunkgebühren bezahlen zu können.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 81)